

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 25. Juni 2007

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

8. Sitzung vom Montag, 25. Juni 2007, 19.00 bis 22.25 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus

Anwesend:

Gemeinderat

Bis Traktandum 2: 26 Mitglieder

Ab Traktandum 3: 27 Mitglieder

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Hanni Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Ruth Ledergerber, Stadtschreiberin

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber-Stv.

Entschuldigt:

Rosa Pfister

Stadtrat Mark Eberli

Vorsitz:

Jürg Rothenberger

Protokoll:

Roger Suter, Ratssekretär

Weibeldienst:

Gino Taiana, Stadtweibel

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung. Er gratuliert Christian Mühlethaler zur Wahl als Stadtschreiber und freut sich auf eine erspriessliche Zusammenarbeit.

Traktandenliste

Zur rechtzeitig zugestellten Traktandenliste werden keine Änderungen beantragt. Sie lautet:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

1. Protokoll der Sitzung vom 16. April 2007
2. Motion Andrea Schmidhauser und Milos Alincic betr. Kulturkonzept – Begründung
3. Postulat Matthias Schwank betr. Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden – Begründung
4. Geschäftsbericht 2006
5. Jahresrechnung 2006
6. Änderung von Wirkungszielen
7. Information von Stadtrat Max Nievergelt betr. Familienergänzendes Betreuungsangebot (Tagesstrukturen für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter)
8. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
9. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Postulat Matthias Schwank und Mitunterzeichner vom 10. Juni 2007 betr. Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden. Wortlaut: „Der Stadtrat ist eingeladen, die Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden zu prüfen und dabei eine sinnvolle Auswahl umzusetzender Massnahmen zu treffen. (Mögliche Bereiche sind: Minergie-Neubau, Minergie-Sanierung, Wärmepumpe, Photovoltaik, Energieberatung. Aufzählung nicht vollständig.)“

Gestützt auf Art. 46 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde das Postulat zur Behandlung auf die heutige Traktandenliste gesetzt.

Motion Heinz Kousz und Mitunterzeichner vom 20. Mai 2007 betr. Stopp dem Bau weiterer sogenannter behindertengerechten Bushaltestellen in Bülach. Wortlaut: „Der Stadtrat wird aufgefordert, auf den Bau weiterer „sogenannter behindertengerechten Bushaltestellen“ ab sofort zu verzichten, es sei denn, diese werden von gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich vorgeschrieben. Er erlässt entsprechende Weisungen. Die bundesgesetzlichen Richtlinien sind dabei zu beachten. Massgebend für diese Bestimmungen ist das Bundesgesetz über die „Gleichstellung von Behinderten“ mit den entsprechenden Verordnungen Art. 151. / .34, sowie Erlasse des kantonalen Planungs- und Baugesetzes Art. 700.21, Abs. VI Teil: Behindertengerechtes Bauen, Art. 34. Eigenmächtige Interpretationen sind zu unterlassen.“

Gestützt auf Art. 48 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird die Motion zur Behandlung auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 16. April 2007

Das Protokoll der Sitzung vom 16. April 2007 wird einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.

Traktandum 2

Motion Andrea Schmidhauser und Milos Alincic betr. Kulturkonzept – Begründung

Andrea Schmidhauser und Milos Alincic reichten mit Datum 11. April 2007 eine Motion betr. Kulturkonzept mit folgendem Wortlaut ein: „Der Stadtrat erstellt ein umfassendes Kulturkonzept. Darin sind auch die finanziellen Leistungen der Stadt zu regeln.“

Andrea Schmidhauser begründet die Motion heute wie folgt: „Die Stadt Bülach ist zum Glück keine Schlafstadt, sondern eine aktive Kleinstadt mit einem sehr breiten Freizeitangebot. So sind in Bülach über 100 Vereine aktiv, die ein breites Freizeitangebot pflegen. Nebst den vielen Sportvereinen widmen sich auch unzählige Vereine und Institutionen dem kulturellen Schaffen in unserer Stadt. Wir von der FDP und SVP befürworten und unterstützen ein breites kulturelles Angebot in Bülach. Wir erwarten aber genauso, dass alle Kulturinstitutionen mit denselben Ellen gemessen werden. Dies ist heute leider nicht so. Die Stadt hat heute weder genau definiert, was als Kultur bezeichnet werden kann, noch nach welchen Kriterien unterstützt werden soll, obwohl dies eigentlich im Produktgruppenbudget MD-2 „Beiträge an Vereine, Organisationen und Institutionen im Kulturbereich“ definiert sein sollte. So kam es, dass die FDP und SVP bei der Guss-Debatte vehement ein Kulturkonzept forderten. Die Stadt Bülach verfügt wohl über eine Liste von Subventionsgesuchen. Darin sind allerdings nur jene Vereine enthalten, die eine direkte finanzielle Unterstützung erhalten. Jene Vereine und Institutionen, die von indirekter Unterstützung profitieren – sei es durch kostenlose oder reduzierte Miete oder Hilfe durch den Reisverschluss usw. – sind nirgends erfasst. Dies soll sich ändern! Wir fordern den Stadtrat auf, ein umfassendes Kulturleitbild zu erstellen, worin endlich definiert wird, was zum einen alles unter Kultur zu laufen hat und zum andern, worin alle kulturellen Vereine und Institutionen erfasst werden, die diesen Anforderungen gerecht werden. In einem zweiten Schritt erwarten wir, dass, auf dem Kulturleitbild aufbauend, ein Kulturkonzept mit Richtlinien und Kriterien erarbeitet wird, nach denen diese Vereine und Institutionen städtische Unterstützung erhalten sollen. Unter Auflistung der städtischen Unterstützung verstehen wir eine transparente Auslegeordnung mit allen direkten und indirekten Unterstützungsleistungen. Das heisst zum Beispiel im Fall Guss, dass nebst dem jährlichen Betriebs-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

beitrag auch die Miet- und Unterhaltskosten sowie die nicht verrechneten oder reduziert verrechneten Leistungen durch den Reisverschluss oder andere Verwaltungsabteilungen in die Unterstützungsberechnung einfließen. Bei der Gewichtung der Unterstützungsleistungen erwarten wir aber auch, dass bei allen Vereinen und Institutionen berücksichtigt wird, wie verwurzelt der Verein und seine Mitglieder mit Bülach sind, inwieweit Jugendförderung betrieben wird, welche ehrenamtlichen Leistungen durch die Vereinsmitglieder erbracht werden, wo der Mehrwert für das städtische Leben liegt usw. Schliesslich erwarten wir auch, dass die Stadt bei finanziellen Beteiligungen mit hohem Verpflichtungscharakter abklärt, ob eine konkrete Einflussnahme zur Sicherstellung der Einhaltung der finanziellen Vorgaben notwendig ist.

Mit der Erfüllung dieser Motion erwarten wir einige Ruhe im kulturellen Umfeld, indem eine Entflechtung der verschiedenen Leistungen stattfindet (keine Vermischung mehr von Jugendarbeit, Integration, Kultur usw.) und Fairness, Transparenz und Gleichberechtigung herrscht, was bis anhin gefehlt hat."

Stadtpräsident Walter Bosshard gibt bekannt, dass der Stadtrat die Motion entgegen nehme. Die Motion renne offene Türen ein. Man sei bereits an der Arbeit, z.B. am Leitbild und bei der Vereinsunterstützung. Das Kulturkonzept werde Hauptthema der nächsten Kulturkommissionssitzung sein. Er lege Wert darauf, dass es zügig vorwärts gehe, die Aktivitäten aber gut abgestützt seien.

Die Motion wird in der Abstimmung mit 22 Stimmen, bei 1 Enthaltung, überwiesen.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Die Motion Andrea Schmidhauser und Milos Alincic vom 11. April 2007 mit dem Wortlaut „Der Stadtrat erstellt ein umfassendes Kulturkonzept. Darin sind auch die finanziellen Leistungen der Stadt Bülach zu regeln.“ wird zu Bericht und Antrag an den Stadtrat überwiesen.
2. Frist für Bericht und Antrag: 25. Juni 2008 (Art. 48 Abs. 8 Geschäftsordnung des Gemeinderates).
3. Mitteilung an Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Traktandum 3

Postulat Matthias Schwank betr. Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden – Begründung

Matthias Schwank und Mitunterzeichner reichten mit Datum 10. Juni 2007 (eingegangen am 11. Juni 2007) ein Postulat mit folgendem Wortlaut ein: „Der Stadtrat ist eingeladen, die Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden zu prüfen und dabei eine sinnvolle Auswahl umzusetzender Massnahmen zu treffen. (Mögliche Bereiche sind: Minergie-Neubau, Minergie-Sanierung, Wärmepumpe, Photovoltaik, Energieberatung. Aufzählung nicht vollständig.)“

Matthias Schwank begründet das Postulat heute wie folgt:

„11 der letzten 12 Jahre gehören zu den heissesten 12 Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen 1850. Der Meeresspiegel ist im 20. Jahrhundert um 17 cm gestiegen. Die Temperatur ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts um 0.75 Grad gestiegen. Der Anstieg ist grösstenteils durch uns Menschen verursacht. Die Durchschnittstemperatur steigt bis Ende des 21. Jahrhunderts zusätzlich um 1,1 bis 6,4 Grad. Diese Angaben stammen aus dem Bericht des Weltklimarats 2007 (Intergovernmental Panel on Climate Change). Bleibt die Erwärmung unter 2 Grad, werden die Menschen einigermaßen damit leben können. Gelingt uns aber die massive Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen nicht, drohen schlimmste Szenarien, was uns alles passieren könnte.

Da ich Weltuntergangsstimmung aber gar nicht gern habe, höre ich hier auf. Weltuntergangsstimmung lähmt und macht ohnmächtig. Es ist aber wichtig, dass wir handeln. Etwas zu tun ist wichtig, auch um den Glauben an die Zukunft nicht zu verlieren. Am vorletzten Wochenende an den Klimatagen waren viele Experten anwesend, die zum Thema Klimawandel und Ressourcenknappheit debattierten. Diese Leute wissen natürlich viel besser Bescheid über das Thema als ich.

Als gemeinsamer Tenor ergab sich etwa folgendes Fazit:

1. Es ist höchste Zeit zu handeln.
2. Alle (Privatpersonen, Firmen, Staaten, Kantone, Gemeinden, etc.) müssen handeln.
3. Man hat heute die wichtigsten Möglichkeiten, um viel zu bewirken.

Was können wir also als Gemeinde tun?

1. Bestehende Massnahmen (im Rahmen des Labels Energiestadt) beibehalten (Holzschnitzelheizungen und ARA-Abwärmenutzung)
2. Beibehaltung der Richtlinien für Minergie bei Arealüberbauungen (gutes Anreizsystem)
3. Anreize setzen für Private



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Bei Punkt 3 lohnt sich ein Blick auf andere Gemeinden. Es gibt einen ganzen Strauss möglicher Massnahmen. Wie die Förderung im Einzelnen aussieht, ist unterschiedlich. Die Massnahmen reichen von Gebührenerlassen bis hin zu ansehnlichen Förderbeiträgen. Zumikon hat bei Minergieobjekten folgendes Vorgehen: 1. Erlass der Gebühren, 2. Unterstützungsbeitrag von Fr. 5'000.00 pro Objekt. Insbesondere der Bereich Förderung von Sanierungen im Minergiebereich könnte für Bülach interessant sein, um im Bereich Minergie Spitze zu bleiben.

Ein guter Ansatzpunkt ist sicher auch das Instrument „Energieberatung“, wo Gemeinden gratis Energieberatungen anbieten, wobei die Energieberatungen oft ausgelagert sind. Es ist wichtig, dass Bauherren kompetent beraten werden und auch Hinweise auf die kantonalen und eidgenössischen Förderprogramme – wie den Klimarappen – bekommen. Erst das Wissen um die verschiedenen Möglichkeiten schafft Voraussetzungen für eigenverantwortliches Handeln. Auf jeden Fall gibt es auch in Bülach ein riesiges Sparpotential. Die Hälfte des Erdöls in der Schweiz wird zum Heizen verbrannt.“

Stadtrat Hanspeter Lienhart gibt bekannt, dass der Stadtrat das Postulat entgegen nehme.

Andrea Schmidhauser wünscht die Diskussion und führt aus: „Die FDP-Fraktion hat das Postulat ausgiebig diskutiert und hält an dieser Stelle fest, dass Bestrebungen für mehr Energieeffizienz grundsätzlich zu begrüssen sind. Die Stadt Bülach macht in diesem Bereich auch bereits sehr viel. Bei Arealüberbauungen ist der Minergiestandard beispielsweise Pflicht. Aufgrund dieser Spezialvorschrift hat es die Stadt Bülach zu den Spitzenreitern unter den Minergie-Gemeinden gebracht. Ferner begrüssen wir, wenn die Stadt bei eigenen Projekten mit gutem Beispiel vorangeht und neue, zukunftsweisende Technologien prüft und diese allenfalls anwendet. Auf eidgenössischer und kantonaler Ebene läuft bezüglich „energieeffizienten Förderprogrammen“ einiges. Dem einen oder andern ist z.B. das Programm „Energie 2000“ bekannt, wo Bauwillige vom Bund Subventionen für energetische Massnahmen erhielten. Es gibt aber auch Steuererleichterungen bei der Bundessteuer für „Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen“. Ebenso betreibt der Kanton eine Energiefachstelle, wo sich jeder Bauwillige umfassend informieren kann. Diese übergeordneten Programme und Anlaufstellen erachten wir als richtig. Aber wir sind der Meinung, dass die Stadt Bülach weder eine Anlauf- und Beratungsstelle aufbauen sollte, noch können wir uns vorstellen, dass Bülach bei dieser schlechten Finanzlage ein Förderprogramm betreibt, wo Bauwillige gar finanziell unterstützt würden, nur weil sie energieeffizient bauen. Wir sind dementsprechend nicht bereit, Gelder für ein Förderprogramm zu sprechen. Vielmehr wünschen wir uns, dass die Stadt auf ihrer Homepage die entsprechenden Verlinkungen zu Beratungsstellen und Programmen herstellt, so dass das Know-how rasch und effizient am richtigen Ort abgeholt werden kann. Die FDP-Fraktion beantragt aus all den genannten Punkten, das vorliegende Postulat nicht an den Stadtrat zu überweisen.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Gemäss **Heinz Kousz** lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ebenfalls ab. „Es kann unserer Ansicht nach nicht Sache der Gemeinden sein, Förderprogramme im Bereich Energieeffizienz zu entwickeln. Diese sind auf Bundes- und Kantonsebene bereits vorhanden, wenn offenbar auch mit mässigem Erfolg. Informationen zu alternativen Energie-Systemen sind im Überfluss vorhanden und können von jedem Interessierten ohne Schwierigkeiten bezogen, abonniert, via Internet abgerufen und gesammelt werden. Unzählige Anbieter offerieren ausserdem Beratungen, Planungen und Projektvorschläge in diesem Bereich. Dazu braucht es kein Förderprogramm der Gemeinde. Die SVP-Fraktion fordert daher den Rat auf, das Postulat abzulehnen.“

Matthias Schwank findet es wichtig, dass alle Akteure etwas tun. Die Stadt könne sich da nicht raushalten. Es gebe tatsächlich verschiedene Programme. Doch einige davon würden auslaufen. Die Finanzen seien ein ewiges Argument, um etwas nicht tun zu müssen. Es sei reaktionär, dieses Postulat nicht einmal prüfen zu wollen. Es gehe erst um eine Auslegeordnung und um Vorschläge. Effretikon habe jährlich 10'000 Franken für Holzheizungen und Solaranlagen budgetiert sowie eine Energieberatung von 2 Std. pro Woche. Das sei nicht alle Welt. Wenn man das Label Energiestadt trage, müsse man sagen, was man mache und verbessere. Man könne nicht stehen bleiben.

Jakob Briner traut seinen Ohren kaum, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wird. Das Postulat sei sehr offen formuliert. Es sei noch nicht lange her, dass die FDP zum Film „An inconvenient Truth“ ins Kino eingeladen habe, um begreiflich zu machen, was auf uns zukäme.

Auch für **Mike Bader** ist der Nichtüberweisungsantrag nicht nachvollziehbar. Die Voten würden zeigen, dass eine Auslegeordnung nötig sei. Niemand wisse so genau, was vorhanden sei. Nachher habe man eine Diskussionsgrundlage für weitere Entscheide, selbst wenn es am Schluss nur eine Verlinkung auf der Homepage sei. Es sei immer auch eine Frage des Anreizes. Dieser müsse so gesetzt werden, dass in Zukunft etwas gehe.

Andrea Schmidhauser bemerkt, dass das Postulat Förderprogramme verlange, keine Auslegeordnung. Für eine Verlinkung brauche es kein Förderprogramm. Ein Förderprogramm sei mit Kosten verbunden. Das gehöre auf die kantonale oder Bundesebene oder in den privaten Bereich.

Fritz Münger findet es blauäugig und verantwortungslos, das Problem zu negieren. Auch die Stadt habe eine Verantwortung zu tragen. Es stünden in nächster Zeit noch viele Beschlüsse in Sachen Umweltschutz an, die Geld kosten würden. Er bittet, das Postulat zu überweisen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Stadtrat Hanspeter Lienhart meint, wolle man den natürlichen Lebensgrundlagen Sorge tragen, sei dies ein Wechselspiel zwischen Gesetzgebung (Klimarappen), der Zusammenarbeit mit Privaten und jenen Bereichen, wo Umweltschutz direkt stattfindet. Es treffe zu, dass Bülach schon viel tue. Man sei auf Platz 1 beim Minergielabel. Das habe aber eine gewisse Zufälligkeit. In keiner Stadt seien so viele Arealüberbauungen gebaut worden wie in Bülach. Er bitte doch, dem Stadtrat die Möglichkeit zur Prüfung – und nicht zum Vorwegnehmen – zu geben. Die Aufzählung im Postulat sei nicht abschliessend. Es müsste nicht nur ein Förderprogramm sein, auch andere Dinge seien möglich. Er wolle sich nicht dem Vorwurf aussetzen, etwas abgeklemmt zu haben, das gar noch nicht geprüft worden sei. Der Gemeinderat solle sich aufzeigen lassen, was mit wie vielen Kosten realisierbar sei. Das Parlament könne dem Stadtrat die Denkarbeit nicht verbieten, er würde die Arbeit auch ohne Postulat durchführen.

Für **Edith Planta** sollte es aufgrund der alarmierenden Situation allen klar sein, dass auch die kommunalen Politiker angesprochen seien, nicht nur die kantonale oder die Bundesebene. Sie bittet, das Postulat zu überweisen.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 12 : 11 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, an den Stadtrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Das Postulat Matthias Schwank und Mitunterzeichner vom 10. Juni 2007 mit dem Wortlaut: *„Der Stadtrat ist eingeladen, die Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden zu prüfen und dabei eine sinnvolle Auswahl umzusetzender Massnahmen zu treffen. (Mögliche Bereiche sind: Minergie-Neubau, Minergie-Sanierung, Wärmepumpe, Photovoltaik, Energieberatung. Aufzählung nicht vollständig.)“* wird an den Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.
2. Frist für die Berichterstattung: 25. Dezember 2007 (Art. 46 Abs. 9 der Geschäftsordnung)
3. Mitteilung an Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Traktandum 4

Geschäftsbericht 2006

Die Fachkommission II hat den Geschäftsbericht 2005 geprüft. **Manuela Meier** führt folgendes aus: „Insgesamt ist der Geschäftsbericht 2006 ein gutes Werk, mit dem sich alle Bülacher/Innen einen guten Einblick in die Politik verschaffen können. Er ist zugänglicher und einfacher verständlich als die Jahresrechnung. Darum erachtet die Fachkommission II den Geschäftsbericht nach wie vor als sinnvolles Instrument. Zum grundsätzlichen Lob möchten wir aber auch ein wenig Kritik äussern: Die Trennung des Statistikeils vom Geschäftsbericht ist keine gute Idee. Die Zahlenstatistik ist meist informativer als die Diagramme. Vorschlag: Die Zahlenstatistik wieder in den Geschäftsbericht einfügen und zwar an der betreffenden Stelle oder so, dass die dazugehörigen Seiten des Geschäftsberichts und der Zahlenstatistik auf der gleichen Seite zu finden sind. Ausserdem ist folgendes aufgefallen:

- Gilt bei den Diagrammen mit der Schneckenspur (z.B. S. 20/21) die obere oder die untere Begrenzung? Diese kann nämlich je nach Skalierung auch mal 50 auseinander liegen. Die Diagramme können weggelassen werden.
- S. 1: Die Sanierung der Altstadt erhöht nicht die Lebensqualität, sondern verbessert den damit geschaffenen Zustand.
- Die personelle Führung auf S. 11 sagt nichts aus. Das Diagramm sollte überarbeitet werden.
- Auf S. 28 müsste es bei der Kinder- und Jugendkommission Daniela Gehring, statt Gehrig heissen.
- S. 42: Die zwei Ereignisse, die das Hotel „zum Goldenen Kopf“ betreffen, sollten sinnvollerweise zusammengefasst und nicht über den Text verteilt werden.
- S. 43-44: Die im Text beschriebene Zunahme der Arbeitslast bei der Polizei wird durch die Statistik (mit Ausnahme vermehrter Kontrollen) nicht bestätigt.
- Die Kreisdiagramme sind zu dunkel und wirken seltsam. Das Kreisdiagramm „Einsätze Feuerwehr“ auf S. 44 ist schwarz/weiss fast nicht lesbar.
- S. 48 Vormundschaft: Vom neuen Scheidungsrecht zu sprechen rechtfertigt sich nicht mehr. Es ist immerhin sieben Jahre alt.
- S. 48 Reissverschluss: Hier wäre eine Zahlenstatistik sinnvoll.
- Positiv sind die Diagramme, die über 5 Jahre die Statistik aufzeigen.

Im Grossen und Ganzen finden wir den Geschäftsbericht informativ. Wir bedanken uns bei der Verwaltung für die Arbeit und beantragen Genehmigung.“

Daniela Gehring ergänzt als Mitglied der Fachkommission II den Bericht von Manuela Meier wie folgt: „Die Fachkommission II störte sich sehr über die Seiten 60 und 61. Wir konnten nicht ver-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

stehen, dass man für einen attraktiven Standort Bülach die Firma Vetropack als Fotosujet abgebildet hat. Unserer Meinung nach sollte eine Firma vor allem Arbeitsplätze nach Bülach bringen und nicht Arbeitsplätze ins Ausland auslagern. Sowieso hatten wir das Gefühl, dass man mit diesen zwei Seiten den Geschäftsbericht auffüllen wollte. Den letzten Artikel der Seite 61 „Lokales Stadtmarketing“ erachten wir als reinen Platzfüller. Oder was sagt der Satz aus: „Der Fokus der Arbeitsgruppe liegt lokal auf der Stadt Bülach. Dank attraktiven Wohnungen haben 2006 viele Menschen Bülach als Wohnort mit Lebensqualität entdeckt.“ Zum Schluss möchten wir noch auf folgenden Punkt aufmerksam machen: Die Fachkommission II hat schon beim Geschäft Guss 81–80 das Büro an der entsprechenden Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen, dass die Prüfung dieses Geschäfts sehr kurzfristig und schnell gemacht werden musste. Leider ist dasselbe jetzt auch wieder mit dem Geschäftsbericht passiert. Wir wurden kurzfristig damit beauftragt, den Geschäftsbericht zu prüfen. Wir wurden darum gebeten, den Abschied auf die heutige Gemeinderatssitzung zu machen. Es wurde auch gesagt, wir müssten den Bericht nicht so genau studieren, wichtig wäre einfach, dieses Geschäft wenn immer möglich an der heutigen Sitzung zu verabschieden. Die Fachkommission II ist klar der Meinung, dass man Geschäfte eingehend und genau prüfen muss, wenn ein Abschied erwartet wird. Vor allem dann, wenn der Geschäftsbericht in einer neuen Ausführung daher kommt. Wir haben den Abschied jetzt gemacht. In Zukunft möchten wir das Büro aber bitten, die Geschäfte gut terminiert an die entsprechenden Fachkommissionen weiter zu geben. Es ist nicht lustig, jedes Mal eine „Feuerwehübung“ zu machen.“

Milos Alincic ist erstaunt, dass sich die Fachkommission II am Bild der Vetropack störe, einem Unternehmen, das seit Jahrzehnten ein guter Steuerzahler in Bülach sei und in dem viele Leute ihr Ein- und Auskommen hätten. Das Bild passe sehr gut: Vetropack sei ein Unternehmen, das in die Zukunft schaue. Die Kritik sei unverständlich.

Stadtrat Max Nievergelt unterstreicht, dass es sich immerhin um den Hauptsitz eines europaweit tätigen Unternehmens mit 3'500 Mitarbeitenden handle. Der oberste Leiter wohne ebenfalls in Bülach. Er bittet die Presse, in der Zeitung die Kritik von Daniela Gehring weg zu lassen.

Fraktionserklärungen:

Andrea Schmidhauser führt aus: „Zu den Details des Geschäftsberichts 2006 möchten wir nichts sagen, denn er ist ein ansehnliches Nachschlagewerk über die Vergangenheit. Der heute vorliegende Geschäftsbericht kommt auch unserer langjährigen Forderung nach, dass er informativ für Interessierte ist und somit an Neuzuzüger, Wirtschaftsvertreter, Investoren etc. verteilt werden kann. Bezüglich Umfang erlauben wir uns anzumerken „weniger ist manchmal mehr“, womit wir andeuten möchten, dass das ganze Werk auch etwas mehr gestrafft werden darf. Wir sind für



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Annahme des Geschäftsberichtes. Was uns im Ablauf allerdings sehr gestört hat, ist, dass der Geschäftsbericht zuerst bei der Verwaltung aufgelegt ist und somit jedermann, der einen Besuch auf der Verwaltung machte, vor dem Gemeinderat im Besitz des Geschäftsberichtes sein konnte. Wir wünschen uns, dass dies in Zukunft nicht mehr vorkommt. Wir könnten uns deshalb auch vorstellen, dass wir uns mit einer provisorischen Druckfassung beschäftigen und der ganze Bericht erst nach unserer Genehmigung gedruckt wird."

Stadtschreiber-Stellvertreter Christian Mühlethaler bemerkt, der Prozess sei bereits so verbessert worden, dass der Gemeinderat den Bericht das nächste Mal zuerst bekommen werde.

Markus Wobmann bemerkt, die SVP-Fraktion habe grundsätzlich Freude am Geschäftsbericht, nicht zuletzt, weil er in Bülach gedruckt werde. Das Werk sei übersichtlich und informativ. Er empfehle Abnahme.

Fritz Münger erklärt, auch die SP-Fraktion finde den Geschäftsbericht ein gutes Werk. Bezüglich der Bemerkung der Fachkommission II erwarte er bei der Sanierung der Altstadt schon mehr Lebensqualität, nicht bloss eine Änderung des Zustands.

Gemäss **Edith Planta** anerkennt die EVP-Fraktion die grossen Anstrengungen der Verwaltung. Der Geschäftsbericht sei ausführlich und informativ. Die Infos des Geschäftsberichts stünden in einem Spannungsverhältnis zum Bericht in der Jahresrechnung. Der Geschäftsbericht gebe ein illustratives und detailliertes Bild von der Verwaltungsarbeit und der Stadtratstätigkeit ab. Die Informationen seien eine gute Basis für die Bevölkerung und Interessierte. Der Bericht in der Jahresrechnung sei auf die Kostenentwicklung und Zielerreichung ausgerichtet. Der Statistikteil in den Geschäftsbericht integriert, würde das Ganze etwas übersichtlicher machen. Sie beantrage Genehmigung.

Mike Bader führt aus: „Der Geschäftsbericht kam wieder in der gleichen Aufmachung daher wie in den letzten Jahren. Doch halt, da ist etwas Neues dabei: der Statistik-Teil. So war ich gespannt, was sonst noch alles neu ist im Geschäftsbericht. Auf den ersten Blick habe ich dann leider doch nicht viel Neues entdeckt. Inhaltlich immer noch ausführlich und sehr informativ. Neu ist nun die alphabetische Reihenfolge. Doch leider kann hier der Statistikteil nicht mithalten, dieser ist immer noch in der alten Reihenfolge. Eine weitere Neuerung waren die Graphiken gleich beim Text. Das macht es auf den ersten Blick übersichtlicher. Wenn man dann aber die Kuchengrafiken nicht interpretieren kann, weil alles viel zu klein ist, dann nützt das auch nicht viel. Und dann sind da noch ein paar grafische Highlights, die nicht unerwähnt bleiben sollten:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

- Seite 22 (Einwohnerzahlen): schaut man sich die Grafik nur kurz an, könnte man meinen, Bülach hätte schon mal einen Boom bei den Einwohnern erlebt. Erst bei genauerem Hinschauen bemerkt man, dass die Skalierung unterschiedlich gewählt wurde, früher 5 Jahre, jetzt 1 Jahr.
- Seite 32 (Steueramt): es ist nicht einfach, auf einer Skala Balken abzubilden, deren Wert einerseits um die 25 Mio., andererseits nur knapp eine Million sind. Es wäre lesefreundlicher, zwei Skalen aufzuführen oder zwei Grafiken darzustellen.
- Seite 44 (Stadtpolizei): dies ist das Paradebeispiel, wie eine Grafik nicht aussehen sollte. Fast eine Seite des Geschäftsberichtes wird benötigt, nur um darzustellen, dass viele Kontrollen an neuralgischen Punkten stattgefunden haben. Auf Grund der Grafik könnte man meinen, unsere Stadt bestehe nur aus neuralgischen Punkten. Oder fanden diese Kontrollen sogar in den Nachbargemeinden statt? Leider ist auch dies nicht klar.

Zu guter letzt der Statistikeil: Wie immer mit vielen Daten für den interessierten Leser gedacht. In diesem Sinne durchaus in Ordnung, wenn er separat daher kommt. Wenn er aber schon auf A4 gedruckt wird, würde es aber auch Sinn machen, den Inhalt auf A4 anzupassen oder dann zuzuschneiden. Ansonsten sieht es wirklich etwas billig aus.

Alles in allem ein Versuch, etwas am Geschäftsbericht zu ändern. Leider sind aber die Änderungen nicht zum Guten ausgefallen, so dass man es vielleicht lieber beim Alten belassen hätte."

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Der Geschäftsbericht 2006 wird genehmigt.
2. Mitteilung an Stadtrat

Traktandum 5

Jahresrechnung 2006

Die Vorsitzende gibt folgenden Ablauf zur Jahresrechnung 2006 bekannt:

1. Stellungnahme RPK-Präsident zur Jahresrechnung 2006
2. Erläuterungen aus Sicht des Stadtrates zur Jahresrechnung 2006
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung Produktegruppenrechnung, kapitelweise - ohne Wirkungszieländerungen
5. Laufende Rechnung
6. Investitionsrechnung
7. Schlussabstimmung Jahresrechnung 2006



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

RPK-Präsident Alfred Schmid beginnt seine Ausführungen mit der Kernaussage „Finanzen der Stadt Bülach nach wie vor labil.“ Die Verwaltung habe alle Fragen zur Rechnung 2006 kompetent und zur Zufriedenheit beantwortet, ebenso der Stadtrat. Dafür bedanke er sich. Alle nicht zahlenrelevanten Dinge habe die RPK in einem Management Letter festgehalten und diesen der Verwaltung übergeben. Die RPK beantrage einstimmig, die Rechnung zu genehmigen. Für die weiteren Ausführungen wird auf die dem Protokoll beiliegenden Folien Nr. 1 – 13 verwiesen.

Stadtrat Walter Baur bemerkt, es sei viel Zeit in die Rechnungsprüfung gesteckt worden, was sicher im Sinne der Stimmbürger sei. Es freue ihn die Bemerkung, dass verschiedene Vorschläge der RPK umgesetzt worden seien. Hinweise und Anregungen sehe er als Chance und sie würden umgesetzt, wo es sinnvoll sei. Mit einem Eigenkapital von 44 Mio. Franken stehe Bülach gut da. Es gäbe Städte, die seien viel schlechter dran.

Jakob Briner stellt fest, dass die Jahresrechnung 5,1 Mio. Franken besser abschliesse als budgetiert. Die EVP sei erfreut, aber man könne deswegen nicht zur Tagesordnung übergehen. Es seien ein paar Bemerkungen nötig. Die Gründe für die Diskrepanz in Millionenhöhe lägen klar bei den höheren Erträgen. Alleine der Steuerkraftausgleich habe 3,4 Mio. mehr eingebracht als budgetiert. Auch die Steuererträge aus früheren Jahren seien 1,632 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Daneben habe es auch höhere Gebührenerträge, resp. nicht eingetretene Buchverluste gegeben. Er möchte unterstreichen, dass die Budgetdisziplin sehr gut gewesen sei und keine unerwarteten Posten mit grossem Gewicht hätten in Kauf genommen werden müssen. Ein Bereich mit höheren Ausgaben sei „Gesundheit und Soziales“. Diese Mehraufwendungen seien eine Folge der schlechten Wirtschaftslage der vergangenen Jahre. 2006 sei das vierte Jahr in Folge, in dem ein Ertragsüberschuss herausgeschaut und man ein Defizit budgetiert habe. Die Budgetierung sei zu ungenau. Es sei ein kleiner Trost, wenn es andern Gemeinden auch so gehe. Die Frage müsse erlaubt sein, ob es wirklich nicht genauer gehe. In den letzten Jahren sei das Budget immer schlechter gewesen als der Abschluss – nie umgekehrt. Ob da Absicht dahinterstecke? Eines sei klar: Erziele man Überschüsse, wecke dies Begehrlichkeiten, diesmal nicht nach weiteren Ausgaben, sondern nach einer Steuerfussenkung um 2 %. Der Finanzvorsteher wolle so die Einnahmen um eine halbe Million Franken reduzieren. Dies obwohl der RPK-Präsident soeben bestätigt habe, dass die Finanzlage immer noch labil sei. Im Moment sei nicht der Zeitpunkt, über den Steuerfuss zu diskutieren. Doch möchte er im Namen der EVP klar sagen, dass eine Stadt mit diesen Schulden, eine Stadt mit Hirslen und Stadthalle, eine Stadt, die grosse Ausgaben im Sportbereich bewillige, eine Stadt, die endlich ein Kulturkonzept erarbeite, eine Stadt, die bei der Betreuung alter Menschen in nächster Zeit grosse Aufgaben lösen müsse, wahrlich anderes zu tun habe, als reflexartig immer



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

nur an eine Senkung des Steuerfusses zu denken. Die EVP-Fraktion werde der Rechnung 2006 zustimmen.

Andrea Schmidhauser führt aus: „Die Rechnung 2006 schliesst mit 2.7 Mio. Franken Gewinn einiges besser als budgetiert ab. Aber dennoch warnen wir vor Euphorie. Das gute Rechnungsergebnis ist nämlich nicht das Resultat von Sparübungen oder nachhaltig höheren Steuererträgen. Vielmehr haben wir letztes Jahr von einer massiv höheren Finanzausgleichszahlung profitiert. Weitere spezielle Einflüsse sind ebenfalls zu erwähnen, wie zusätzlicher ZKB-Gewinn, Minderabschreibungen, Wegfall von Buchverlusten usw. Dies sind Einnahmen bzw. Einflüsse, die wir selbstverständlich mit Handkuss nehmen, für welche wir aber weder etwas können noch diese als unseren Erfolg ausweisen dürfen. Die effektive Rechnungsbilanz weist nebst den höheren Erträgen von insgesamt 10.9 Mio. Franken nämlich auch Mehrausgaben von 5.8 Mio. Franken aus. Wenn wir also nachhaltig mit positiven Rechnungsabschlüssen abschliessen wollen, um unseren Steuerfuss senken zu können – was wir grundsätzlich begrüessen –, dann müssen wir auch darauf achten, dass die effektiven Ausgaben die budgetierten Aufwendungen nicht überschreiten bzw. wir sollten unbedingt das Ausgabenwachstum in den Griff bekommen, z.B. die soziale Wohlfahrt. Ebenso sollten wir die Investitionen im Griff haben. Denn die Ausgaben wären noch höher ausgefallen, wenn nicht 25 % weniger investiert worden wäre als budgetiert. Dies ist nämlich keine Einsparung, sondern eine Kostenverlagerung auf die nachfolgenden Jahre. Zu den einzelnen Geschäftsfeldern erlauben wir uns nur auf die wichtigsten Punkte einzugehen:

- So begrüessen wir die Haltung des Stadtrates im Bereich der Management Dienste, wo heute eine transparente, konsequente und restriktive Handhabung in der Spesenbewirtschaftung ersichtlich war.
- Die sehr grossen Budgetüberschreitungen im Bereich Soziales und Gesundheit wurden uns bis jetzt nicht zufrieden stellend begründet. Falls hierzu heute Abend nicht noch gute Erklärungen folgen, werden einzelne Mitglieder unserer Fraktion diese massiven Überschreitungen ablehnen.
- Dem Ablehnungsantrag der Fachkommission I bezüglich des Geschäftsfeldes „Schulliegenschaften“ wird unsere Fraktion teilweise folgen, denn wir befürworten die strikte Trennung von „Immobilien“ und „Mobilien“.
- Weiter würden wir uns freuen, wenn die Stadt sich überlegen würde, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, die Anlagebuchhaltung bereits früher als vom Kanton vorgesehen einzuführen. Als eine der wenigen WoV-Gemeinden müssten wir dieses Instrument nämlich dringend verwenden und nicht erst im Jahre 2010 einführen.

Trotz der vorgängig kritischen Worte wird die FDP-Fraktion in der Schlussabstimmung die Rechnung 2006 einstimmig annehmen.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Stephan Blättler hält namens der SVP-Fraktion fest: „5 Millionen besser abzuschneiden als budgetiert ist in der Tat erfreulich. Dass aus roten Zahlen schwarze Zahlen werden, ebenso. Doch auf die Schultern klopfen können wir uns deswegen nicht. Sicher, in fast allen Produktgruppen wurde seriös und innerhalb der Budgetrahmens gearbeitet. Dazu werden allenfalls noch in der Detailberatung Anmerkungen zu hören sein. Doch den spektakulären Faktoren liegen keine eigenen Leistungen zu Grunde. Ich möchte nicht auf alle Faktoren eingehen, sondern nur drei erwähnen. 2,8 Millionen netto mehr aus Steuerkraftausgleich. Das ist schön, aber im Budget 2007 ist der erhöhte Betrag schon fest eingeplant. Und das bei wieder roten Zahlen. Ist es wirklich so, dass Bülach immer mehr Geld von anderen Gemeinden braucht, um überhaupt eine einigermaßen ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können. 1,1 Millionen nicht notwendig gewordene Abschreibungen. Keine Leistung, aber natürlich weggefallener Aufwand, der das Resultat verbessert. Erwähnenswert vielleicht auch noch, dass wir aus dem Gewinn der ZKB satte Fr. 762'000.-- erhalten haben, statt der budgetierten Fr. 400'000.--. Hoffentlich bleibt uns da auch noch in Zukunft etwas erhalten, wenn man dieser Bank bei den Optionsgeschäften etwas genauer auf die Finger schaut. Budgetiert sind für 2007 bereits optimistische Fr. 650'000.--. Am besten geniessen wir die Einmaligkeit dieses Abschlusses und denken daran, dass es immer noch das Beste wäre, wenn wir einmal wieder mit unseren eigenen Einnahmen eine schwarze Null schreiben könnten.“

Mike Bader führt aus: „Wieder einmal dürfen wir eine Rechnung abnehmen, die besser ausgefallen ist, als budgetiert. Eine solche massive Abweichung ist zwar nicht der Sinn eines Budgets aber viel besser, als wenn die Rechnung schlechter ausgefallen wäre. Und so werden wir Grüne dieser Rechnung auch zustimmen. Das Problem mit guten Rechnungsabschlüssen ist aber, dass gleich wieder Begehrlichkeiten kommen. Und dieses Mal kommt die Begehrlichkeit schon früh von Seiten des bürgerlichen Stadtrates. Wie er im Bericht erwähnt, plant er für 2008 eine 2 %-ige Steuersenkung. Oder die Begehrlichkeiten kommen vom RPK-Präsidenten, der zwar bei - Zitat "noch labiler Finanzlage" - sowohl Zukunftsinvestitionen tätigen, sparen und dann doch noch die Steuern senken möchte. Auch bei uns Grünen wecken solche Rechnungsabschlüsse Begehrlichkeiten. Wir möchten gerne wieder vermehrt in unsere Zukunft investieren, z.B. in die Bildung unserer Nachkommen, in eine nachhaltige Umweltpolitik oder einfach für ein attraktiveres Bülach. Dabei verschliessen wir uns auch nicht grundsätzlich Steuersenkungen. Diese sind aber erst dann möglich, wenn folgende zwei Bedingungen zwingend erfüllt sind:

1. Die Überschüsse fallen nicht nur in Zeiten des Aufschwungs an, sondern können sich über Konjunkturschwankungen hindurch halten.
2. Die notwendigen, mindestens Substanz erhaltenden Investitionen können getätigt werden. Zu diesen Investitionen gehören auch solche in Bildung, Kultur und Umwelt.

Zwar ist der Rechnungsabschluss seit 2003 durchwegs positiv. Dafür zehren wir mindestens seit 2001 von der Substanz. Dies belegen z.B. die Finanzkennzahlen der Bestandesrechnung, welche



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

von den Revisionsdiensten des Gemeindeamtes berechnet werden. Auf gut Deutsch: Wir leben auf Pump der Vorgeneration resp. bauen Schulden für unsere Nachkommen auf. Jetzt ist es also an der Zeit, endlich wieder vermehrt zu investieren. Im Gegensatz zur Steuersenkung, die nur egoistisch für die jetzige Generation etwas bringt, bringen Investitionen etwas für die folgenden Generationen."

Detailberatung

Kapitel Bau und Umwelt (BA-1 – BA-6)

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

Kapitel Bildung (BI-1 – BI-6, ohne BI-5)

Die Kapitel BI-1 bis BI-4 sowie BI-6 werden diskussionslos und inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

BI-5 Schulliegenschaften

Die Fachkommission I beantragt BI-5 zur Ablehnung. Gemäss **Fritz Münger** gehe es nicht um ein Misstrauen, sondern darum, dass Liegenschaften und Mobilien je getrennt zu handhaben seien. Budget und Rechnung könnten so nicht verglichen werden.

Stadtrat Max Nievergelt hat den ablehnenden Abschied mit Erstaunen gelesen. Erstens sei dies mit ihm nicht so besprochen worden und zweitens seien die Überschreitungen als gebundene Ausgaben oder klare Schulpflegebeschlüsse ausgewiesen. Es sei alles genau so budgetiert worden, wie es jetzt ausgewiesen werde. In der Produktegruppe 217 könne man alle Details exakt nachschauen. Über die richtige Zuteilung könne man diskutieren, doch habe das nichts mit der Rechnung zu tun. Deshalb bittet er, dem BI-5 zuzustimmen.

Für Milos Alincic sind beide Argumente stichhaltig. Es sei aber sinnvoll, die Rechnung so abzuschliessen, wie man budgetiert habe. Der Gemeinderat müsse sich selber an der Nase nehmen. Er werde zustimmen.

Abstimmung: BI-5 wird mit 18 : 6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Kapitel Sport, Jugend und Veranstaltungen (SJ-1 – SJ-4)

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Kapitel Einwohner und Sicherheit (ES-1 – ES 10)

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

Kapitel Finanzen (FI-1 – FI-6)

Alfred Schmid hat eine Info an Jakob Briner betr. Steuererträge aus früheren Jahren. Es sei schwierig, diese zu budgetieren. Die RPK bekomme regelmässig eine monatlich fortgeschriebene Statistik über die Einnahmen mit Vergleich zum Budget. Die RPK sei also monatlich im Bild über die Entwicklung der Steuereinnahmen. Er möchte aber festhalten, dass beim ordentlichen Steuerjahr der Ertrag 1,1, Mio. Franken unter Budget ausgefallen sei.

Abstimmung:

Das Kapitel wird inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

Kapitel Soziales und Gesundheit (SG-1 – SG-12)

Andrea Schmidhauser wünscht eine Erklärung zu den massiven Kostenüberschreitungen im SG-1 „Kinderbetreuung“. Es sei elf Mal mehr ausgegeben worden als budgetiert. Beim SG-5 „Pflegerwohngruppe Erachfeld“ betrage die Abweichung + 30 %, bei SG-6 „Pflegerwohngruppe Zürichstrasse“ seien die Aufwendungen fünf Mal höher als budgetiert. Beim Alterszentrum (SG-12) betrage die Abweichung + 25 % und auch die Vorkostenstelle sei überzogen worden.

Jakob Briner, Präsident der Fachkommission III, meint, „Soziales und Gesundheit“ sei ein Bereich, der etwa 25 % der städtischen Mittel benötige. Auf Seite 5 sehe man, dass die Personalkosten 7 Mio. Franken betragen würden und die Sachkosten 20 Mio. Franken. Die Rechnung 2006 schliesse 728'000 Franken schlechter ab als budgetiert. Die Gründe seien auf S. 85 sehr detailliert dargelegt. Beim Sozialamt (SG-8) schlage sich die schlechte Wirtschaftslage mit einer Verzögerung von zwei bis vier Jahren durch. Die Anzahl Sozialhilfeempfänger sei in allen Alterskategorien massiv gestiegen. Das Ergebnis habe aber auch mit der restriktiven Haltung der IV zu tun. Das habe man dem Kantons- und Nationalrat zu verdanken. Beim SG-4 (Alterswohnheim Rössligasse) sei durch den Wechsel in der Führung ein Fehler bei der Budgetierung der Personalkosten passiert. Man habe den Stadtrat bei der Rechnungsbesprechung darauf hingewiesen, dass so wichtige Stellenwechsel reibungsloser funktionieren sollten. Der um 135'000 Franken schlechtere Abschluss beim SG-1 (Kinderbetreuung) habe mit erhöhtem Personalaufwand aufgrund steigender Kinderzahlen und mit weggefallenen Bundessubventionen zu tun.

Andrea Schmidhauser ist mit der Auskunft nur bedingt zufrieden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Abstimmung SG-1:

SG-1 wird grossmehrheitlich genehmigt.

SG-2 – SG-3

Diese Produktgruppen werden diskussionslos und einstimmig genehmigt.

SG-4 – SG-8

Diese Produktgruppen werden diskussionslos und grossmehrheitlich genehmigt.

SG-9 – SG-11

Diese Produktgruppen werden diskussionslos und einstimmig genehmigt.

SG-12

Andrea Schmidhauser fragt, worum es bei dem erwähnten Projekt gehe.

Jakob Briner kann die Frage nicht beantworten. Er wisse nicht, um was für ein Beratungsmandat es gegangen sei.

In der Abstimmung wird SG-12 mehrheitlich angenommen.

Die Vorkostenstelle Soziales und Gesundheit wird einstimmig, bei einer Enthaltung, gutgeheissen.

Kapitel Städtische Betriebe (SB-1 – SB-6)

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

Kapitel Land- und Forstwirtschaft (LF-1 – LF-4)

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

Kapitel Management Dienste (MD-1 – MD-5)

Das Kapitel wird diskussionslos und inkl. Vorkostenstelle einstimmig genehmigt.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung wird diskussionslos und einstimmig genehmigt.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung wird diskussionslos und einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

In der Schlussabstimmung wird die Jahresrechnung 2006 einstimmig gutgeheissen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die Jahresrechnung 2006 inkl. Produktgruppenrechnung 2006 wird genehmigt.
2. Mitteilung an:
 - a) Stadtrat
 - b) Finanzabteilung

-- Pause von 10 Minuten --

Traktandum 6

Änderung von Wirkungszielen

Produktgruppe BA (Bau und Umwelt)

Antrag 1

Die Fachkommission I beantragt, das Wirkungsziel in BA-1 (Hochbau) „Sicherstellen einer ausreichenden und genügend diversifizierenden Energieversorgung“ zu streichen, weil das Ziel bereits im BA-5 abgedeckt sei.

Fritz Münger erklärt, die Fachkommission I verfolge das Ziel, die Wirkungsziele tauglicher und aussagekräftiger zu formulieren. Finanzielle Auswirkungen hätten die heutigen Änderungsanträge nicht.

Für **Mike Bader** ist es neu, dass Wirkungsziele für alle Produkte gelten sollen. Eine ausreichende und genügend diversifizierende Energieversorgung gehöre zum Hochbau, deshalb lehne er den Antrag ab.

Thomas Langhart korrigiert, dass das Ziel nichts mit dem Hochbau, sondern mit der Energieversorgung zu tun habe. Und dort sei es auch enthalten.

Andrea Schmidhauser fügt hinzu, beim BA-1 gehe es um die Baupolizei und ums Baubewilligungsverfahren und nicht um die Frage, ob man Gas, Wärmepumpe, etc. haben wolle. Man habe



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

sich mit der Verwaltung und dem zuständigen Stadtrat abgesprochen und von dort die Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag bekommen.

Abstimmung:

Dem Antrag der Fachkommission I wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Antrag 2

Die Fachkommission I beantragt, das Wirkungsziel in BA-4 (Öffentlicher Verkehr) „Kundenwünsche werden ernst genommen“ zu streichen, da Entscheide grösstenteils durch übergeordnetes Recht und durch übergeordnete Instanzen gefällt würden.

Matthias Schwank fände die Streichung schade. Der Entscheidungsspielraum sei zwar begrenzt, trotzdem fände er es wichtig, dass der Stadtrat die Wünsche und Bedürfnisse der Kunden ernst nehme. Er mache beliebt, das Wirkungsziel zu belassen, bis man eine bessere Formulierung gefunden habe. Man könne sich überlegen, die Indikatoren zu ändern.

Andrea Schmidhauser entgegnet, die Kundenwünsche würden nach wie vor ernst genommen, und zwar via Fahrplankonferenz. Weder der Stadtrat noch der Gemeinderat könnten Einfluss darauf nehmen. Wo es nichts zu steuern gebe, habe ein Wirkungsziel nichts verloren.

Mike Bader ist nicht einverstanden. Man müsse ein Zeichen setzen, dass Kundenwünsche ernst genommen würden. Wenn man sich beim Kanton x-Mal für eine Haltestelle einsetze, habe das bestimmt einen Einfluss.

Abstimmung:

Der Streichungsantrag wird mit 17 : 7 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

Antrag 3

Die Fachkommission I beantragt, das Wirkungsziel in BA-5 (Energie, Gas, Umwelt) zu kürzen und zweizuteilen. Es soll neu lauten:

- Sicherstellen einer diversifizierten Energieversorgung
- Gewährleisten einer umweltverträglichen, nachhaltigen Energienutzung (Energistadt)

Abstimmung

Der Antrag wird diskussionslos und einstimmig angenommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Produktegruppe SJ (Sport, Jugend und Veranstaltungen)

Anträge der Fachkommission IV zu SJ-1 (Sportanlage Hirslen und Freibad)

Änderungsantrag 1

Bereitstellen eines bedürfnisgerechten (statt „attraktiven“) Angebotes zur sportlichen Betätigung und Freizeitgestaltung.

Änderungsantrag 2

Bereitstellen eines bedürfnisgerechten (statt „attraktiven“) Miet- und Verkaufsangebotes.

Neues Wirkungsziel

Finanzielle Einbindung der Aussengemeinden.

Milos Alincic begründet Antrag 1 damit, dass „attraktiv“ zu weit gehe. Darunter könnte man auch ein Pluschbad verstehen. Das gleiche gelte bei Antrag 2. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, ein attraktives Verkaufsangebot zu führen, sondern das abzudecken, was der Kunde zu Hause vergessen habe. Bei Antrag 3 gehe es darum, dem Stadtrat den Rücken zu stärken, wenn er bei den Aussengemeinden für Beiträge an die Infrastruktur anklopfe.

Der Vorsitzende hält der guten Ordnung halber fest, dass über den Antrag bei der Sauna einen neuen Leistungsindikator einzuführen, nicht abgestimmt werde. Dies sei Sache des Stadtrates.

Abstimmung

Alle drei Anträge werden diskussionslos und einstimmig gutgeheissen.

Anträge der Fachkommission IV zu SJ-4 (Messen, Märkte, Veranstaltungen)

Änderungsantrag 1

Das Wirkungsziel 2 soll neu lauten: „Auswählen und zur Verfügung stellen der nötigen Infrastruktur für Veranstaltungen“. Es bestehe keine klare Abgrenzung von Schaustellungen zu Zirkussen, Varietees.

Änderungsantrag 2

Wirkungsziel 3 soll neu lauten: „Zur Verfügung stellen von attraktiven Plakatstandorten gemäss dem Plakatierungskonzept“. Dies sei lediglich eine redaktionelle Veränderung.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Antrag 3

Das Wirkungsziel „Erstellen von Konzepten für Anlässe zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Büllach als Messe-, Markt- und Veranstaltungsort“ sei zu streichen. MMV trete nicht als Veranstalter auf, sondern stelle die Infrastruktur für Anlässe zur Verfügung.

Antrag 4

Das Wirkungsziel „Anbieten von zusätzlichen Dienstleistungen im Bereich MMV“ sei zu streichen. MMV biete keine zusätzlichen Dienstleistungen mehr an.

Änderungsantrag 5

Wirkungsziel 6 soll neu lauten: „Marktorientierte Vermietung von Räumen und Plätzen“. Die Vermietung der Räume und Plätze habe sich nach dem Marktangebot zu richten.

Antrag 6

Neues, zusätzliches Wirkungsziel: „Erzielen eines hohen Kostendeckungsgrades“. Dieses Wirkungsziel habe bisher bei der Produktegruppe SJ-4 gefehlt. Bei der Nutzung der Stadthalle sei die Kostendeckung anzustreben.

Abstimmung

Die 6 Anträge werden diskussionslos und einstimmig gutgeheissen.

Produktegruppe ES (Einwohner und Sicherheit)

Änderungsantrag der Fachkommission I zu ES-1 (Schiessanlage Langenrain)

Ersetzen des Wirkungsziels „Optimierung des Schiessbetriebes durch Förderung der regionalen Zusammenarbeit“ durch „Die Kosten werden durch Militär und Vereine zu 100 % gedeckt.“

Abstimmung

Der Antrag wird ohne Diskussion mit 20 Ja : 2 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, gutgeheissen.

Anträge der Fachkommission I zu ES-2 (Stadtpolizei)

Änderungsantrag 1

Die neu hinzugekommenen Gemeinden seien beim Wirkungsziel „Erfüllen von polizeilichen Dienstleistungen gemäss Leistungsauftrag Embrach und Eglisau“ zu ergänzen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Antrag 2

Neues Wirkungsziel: „Kostendeckungsgrad für Leistungen an andere Gemeinden \geq 100 %“

Abstimmung

Die beiden Anträge werden diskussionslos und einstimmig gutgeheissen.

Fritz Münger zieht namens der Fachkommission I zwei Änderungsanträge zu Wirkungszielen bei ES-3 und ES-4 zurück.

Antrag der Fachkommission I zu ES-5 (Feuerwehr)

Ersatzlose Streichung der drei Wirkungsziele:

- Administration der Feuerwehrangehörigen
- Auszahlen der entsprechenden Einsatzvergütungen
- Weiterverrechnen von Dienstleistungen und Einsätzen der Feuerwehr

Dies seien keine Wirkungsziele, sondern reine Tätigkeiten.

Milos Alincic interessiert, wie sich die Verwaltung zu den Anträgen stellt.

Stefan Schnegg bestätigt, dass die Anträge mit Hanspeter Handle abgesprochen seien, der Wortlaut sei sogar von Handle selbst.

Abstimmung

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Antrag der Fachkommission I zu ES-6 (Militär)

Die Produktegruppe ES-6 sei zu streichen und als Kostenstelle dem Produkt ES-7.2 zuzuordnen.

Fritz Münger will diesen Antrag nachträglich zurückziehen. Man sei zu schnell gewesen, der Antrag könne für das kommende Budget nicht umgesetzt werden.

Mike Bader findet es problematisch, ohne Vorbereitung und ohne die Auswirkungen zu kennen, ganze Produktegruppen zu streichen. Er macht bleibt, den Antrag zurückzuziehen.

Andrea Schmidhauser will jetzt darüber abstimmen. Wenn die Produktegruppe in eine Kostenstelle umgewandelt und einem Produkt angegliedert werde, werde faktisch nichts gestrichen.

Der Vorsitzende wirft ein, traktandiert seien die Wirkungsziele. Dies sei kein Wirkungsziel.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Jakob Briner unterstützt Andrea Schmidhauser. Der Rat müsse darüber abstimmen, ob es ES-6 formell nicht mehr geben soll.

Markus Wobmann fragt, ob es das Produkt „Militär“ nicht mehr geben werde.

Fritz Münger antwortet, es werde den Teil „Militär“ weiterhin geben, aber an einer Kostenstelle angehängt.

Stadtschreiberin Ruth Ledergerber hält fest, dass für das Aufheben und Verschieben von Produktgruppen der Gemeinderat zuständig sei. Das Thema heute seien aber die Wirkungsziele und nicht die Produktgruppen. Es müsste geklärt werden, ob die Voraussetzungen gegeben wären, dass man darüber heute abstimmen könne.

Heinz Kousz meint, worüber man jetzt diskutiere, könne man auch an einer späteren Sitzung noch diskutieren. Deshalb schlage er vor, die Änderung erst zu beschliessen, wenn es tatsächlich erforderlich sei. Es mache keinen Sinn, jetzt etwas zu ändern, das gar noch nicht so ist.

Der Vorsitzende ergänzt, dass dieser Antrag dann aus der Verwaltung resp. vom Stadtrat kommen müsste.

Fritz Münger zieht den Antrag der Fachkommission I zurück.

Produktgruppe FI (Finanzen)

Änderungsantrag der RPK zu FI-2 (Rechnungsführung für andere Gemeinden/Verbände)

Wirkungsziel F: Statt „Erzielen eines hohen Kostendeckungsgrades“ soll es heissen: „Erzielen eines vollen Kostendeckungsgrades.“

Milos Alincic erkundigt sich, ob „voll“ 100 % bedeute.

Dies wird von **Alfred Schmid** bestätigt, mit dem Hinweis, der Kostendeckungsgrad betrage derzeit sogar 119 %.

Mike Bader schlägt vor, statt „vollen“ „ $\geq 100\%$ “ zu schreiben.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Abstimmung

Dem Antrag der RPK mit der Präzisierung von Mike Bader wird einstimmig zugestimmt.

Änderungsantrag der RPK zu FI-6 (Betreibungsamt)

Wirkungsziel C: Statt „Erzielen eines hohen Kostendeckungsgrades“ soll es heissen: „Erzielen eines vollen Kostendeckungsgrades“, resp. in Angleichung an die vorhin beschlossene Änderung „ $\geq 100\%$ “

Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig und diskussionslos angenommen.

Produktgruppe SB (Städtische Betriebe)

Änderungsantrag der Fachkommission I zu SB-3 (Weitere Leistungen)

Statt „Kostengünstige Überwachung der Nachtparkierer“ soll es heissen „Wirtschaftliche Überwachung der Nachtparkierer“

Milos Alincic, beantragt, das Wirkungsziel zu belassen, weil wirtschaftliche Überwachung heissen könne, viele Leute anzustellen, damit möglichst viel Geld reinkomme. Er wolle keinen Polizeistaat. Es brauche zwar Kontrollen, aber man dürfe nicht übertreiben.

Stefan Schnegg entgegnet, kostengünstige Überwachung heisse, möglichst wenig ausgeben, damit werde aber nichts ausgesagt, wie man dies mache. Deshalb sei die beantragte Änderung sinnvoll.

Markus Wobmann versteht unter „wirtschaftlich“ eine Rendite. Autofahrer würden bereits stark geschöpft. Er sei gegen eine Änderung.

Thomas Langhart wirft ein, es sei wichtig zu wissen, dass es beim Nachtparkieren nicht ums Bus-schreiben gehe. Beim Nachtparkieren werde in Abständen kontrolliert wer regelmässig nachts parkiere und keine Parkkarte habe. Automobilisten ohne Parkkarte würden angeschrieben, sie könnten für 30 Franken pro Monat ihr Auto nachts auf öffentlichem Grund parkieren.

Mike Bader versteht unter „wirtschaftlich“ Kosten/Nutzen zu optimieren. Werde eine Vorschrift fürs Nachtparkieren auf öffentlichem Grund erlassen, sei es legitim, dies ab und zu zu überprüfen. Würden keine Kontrollen gemacht, seien jene die Dummen, die eine Parkkarte lösten.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Abstimmung:

Der Änderungsantrag wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Der Vorsitzende erwartet dass die heutigen Beschlüsse in den Voranschlag 2008 einfließen und im Budgetprozess berücksichtigt werden.

Dies wird seitens des Stadtrates bestätigt.

Der Gemeinderat hat zusammengefasst folgende Wirkungszieländerungen beschlossen:

	<i>Alt</i>	<i>Neu</i>
BA-1 (Hochbau)	Sicherstellen einer ausreichenden und genügend diversifizierenden Energieversorgung	- (gestrichen)
BA-4 (Öffentlicher Verkehr)	Kundenwünsche werden ernst genommen	- (gestrichen)
BA-5 (Energie, Gas, Umwelt)	Sicherstellen einer diversifizierten Energieversorgung durch Bereitstellen geeigneter Infrastrukturen und Gewährleisten einer umweltverträglichen, nachhaltigen Energienutzung (Energistadt)	- Sicherstellen einer diversifizierten Energieversorgung - Gewährleisten einer umweltverträglichen, nachhaltigen Energienutzung (Energistadt)
SJ-1 (Sportanlage Hirslen und Freibad)	Bereitstellen eines attraktiven Angebotes zur sportlichen Betätigung und Freizeitgestaltung	Bereitstellen eines bedürfnisgerechten Angebotes zur sportlichen Betätigung und Freizeitgestaltung
SJ-1 (Sportanlage Hirslen und Freibad)	Bereitstellen eines attraktiven Miet- und Verkaufsangebotes	Bereitstellen eines bedürfnisgerechten Miet- und Verkaufsangebotes
SJ-1 (Sportanlage Hirslen und Freibad)	-	Finanzielle Einbindung der Aussen-gemeinden
SJ-4 (Messen, Märkte, Veranstaltungen)	Auswählen und Organisieren von Zirkussen, Varietees und anderen Schaustellungen und Chilbi zur Belebung der Bülacher Vergnügungs- und Kulturszene	Auswählen und zur Verfügung stellen der nötigen Infrastruktur für Veranstaltungen
SJ-4 (Messen, Märkte, Veranstaltungen)	Zur Verfügung stellen von attraktiven Plakatstandorten	Zur Verfügung stellen von attraktiven Plakatstandorten gemäss dem Plakatierungskonzept



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

SJ-4 (Messen, Märkte, Veranstaltungen)	Erstellen von Konzepten für Anlässe zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Bülach als Messe-, Markt- und Veranstaltungsort	- (gestrichen)
SJ-4 (Messen, Märkte, Veranstaltungen)	Anbieten von zusätzlichen Dienstleistungen im Bereich MMV	- (gestrichen)
SJ-4 (Messen, Märkte, Veranstaltungen)	Vermarktung der vermietbaren Räume und Plätze	Marktorientierte Vermietung von Räumen und Plätzen
SJ-4 (Messen, Märkte, Veranstaltungen)	-	Erzielen eines hohen Kostendeckungsgrades
ES-1 (Schiessanlage Langenrain)	Optimierung des Schiessbetriebes durch Förderung der regionalen Zusammenarbeit	Die Kosten werden durch Militär und Vereine zu 100 % gedeckt
ES-2 (Stadtpolizei)	Erfüllen von polizeilichen Dienstleistungen gemäss Leistungsauftrag Embrach und Eglisau	Wirkungsziel bleibt → die inzwischen neu hinzugekommenen Gemeinden sind zu ergänzen.
ES-2 (Stadtpolizei)	-	Kostendeckungsgrad für Leistungen an andere Gemeinden \geq 100 %
ES-5 (Feuerwehr)	Administration der Feuerwehrangehörigen	- (gestrichen)
ES-5 (Feuerwehr)	Auszahlen der entsprechenden Einsatzvergütungen	- (gestrichen)
ES-5 (Feuerwehr)	Weiterverrechnen von Dienstleistungen und Einsätzen der Feuerwehr	- (gestrichen)
FI-2 (Rechnungsführung für andere Gemeinden / Verbände)	Erzielen eines hohen Kostendeckungsgrades	Erzielen eines Kostendeckungsgrades \geq 100 %
FI-6 (Betreibungsamt)	Erzielen eines hohen Kostendeckungsgrades	Erzielen eines Kostendeckungsgrades \geq 100 %
SB-3 (Weitere Leistungen)	Kostengünstige Überwachung der Nachtparkierer	Wirtschaftliche Überwachung der Nachtparkierer

Mitteilung an:

- a) Stadtrat
- b) Finanzabteilung
- c) Controlllerin



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Traktandum 7

Information von Stadtrat Max Nievergelt betr. Familienergänzendes Betreuungsangebot (Tagesstrukturen für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter)

Gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 24. Oktober 2004 ist der Stadtrat verpflichtet, dem Gemeinderat jährlich über den auf sechs Jahre befristeten Betrieb für familienergänzende Tagesbetreuungsstrukturen für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter zu informieren.

Bezüglich Information von **Stadtrat Max Nievergelt** wird auf die Beilagen 14 - 18 zum Protokoll verwiesen.

Bezüglich der Finanzierung ist zu erwähnen, dass der Bund eine hohe Anstossfinanzierung leistet. Dies bedingte aber, dass das Mittagessen abgegeben statt von den Kindern mitgebracht wird. Unter dem Strich rechnet sich das aber für den Verein. Fazit: Das Projekt ist gut angelaufen und man hat finanziell einen guten Abschluss gemacht.

Heinz Kousz interessiert, wie lange die Anstossfinanzierung des Bundes noch geht.

Stadtrat Max Nievergelt antwortet, sie sei für drei Jahre zugesichert, ob sie dann weg falle, wisse er nicht.

Im Einverständnis des Gemeinderates gibt **Marlies Casutt**, Vorstandsmitglied des Vereins „Tagesbetreuung Bülach“ zusätzliche Auskünfte: im 1. Jahr habe man für jeden geplanten Platz vom Bund einen Betrag erhalten, im 2. Jahre bekomme man nur noch für jeden belegten Platz einen Betrag, ab dem 3. Jahr reduziere sich dieser auf die Hälfte, anschliessend falle die Anstossfinanzierung weg. Deshalb sei der Verein auf die jetzigen Rückstellungen angewiesen.

Traktandum 8

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Edith Planta stellt fest, dass die Fachkommission II im Frühling über das Ergebnis des pendenten Auftrags bezüglich Vereinssubventionierung informiert worden sei. Sie sei der Meinung, dass auch der Gemeinderat Anspruch auf eine Information habe, da das Geschäft noch auf der Pendenzenliste geführt werde. Sie stelle folgende Fragen:



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

1. Wann wird der Stadtrat den Gemeinderat über die Ergebnisse des Auftrages der Fachkommission II betreffend Beiträge an Vereine, Organisationen und Institutionen im Sportbereich informieren?
2. Nach welchen Kriterien wird die Vergabe der Beiträge gemacht?
3. Erhält der Gemeinderat eine Kriterienliste? Wenn nicht, aus welchen Gründen?
4. Weshalb werden die Vereine, die direkte Beiträge (letztlich aus Steuergeldern) von der Stadt erhalten, dem Gemeinderat nicht namentlich bekannt geben? Den Steuerzahler interessiert es, wer nach welchen Kriterien wieviel erhält.
5. Bis wann kann der Gemeinderat mit einer Liste der Vergabe von indirekten Leistungen an die Vereine rechnen?

Stadtrat Jürg Hintermeister antwortet, die Einladung liege parat (Frage 1). Die Information des Gemeinderates erfolge am 20. August 2007 im Sitzungszimmer der Stadthalle. Hauptkriterium für die Vergabe der Beiträge seien die Wirkungsziele des Konzepts (Frage 2). Die Kriterienliste liege öffentlich auf und sei bei Chris von Hornstein erhältlich (Frage 3). Die Daten und Listen seien der Fachkommission II vertraulich übergeben worden. Man habe jetzt ein Gerüst und man müsse das Konzept jetzt ausprobieren. Es gebe bereits erste Erkenntnisse, wo man neue Kriterien einbringen oder Kriterien anders beurteilen müsse. Die Praxis werde zeigen, ob das Konzept so funktioniere.

Edith Planta fragt nach, ob die Information auch die Vereine im kulturellen Bereich beinhalte oder nur den Sport.

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet, es seien alle IGBV-Vereine darin enthalten, man wolle es aber dann in Sport- und Kulturvereine aufteilen.

Traktandum 9

Diverses

Der Vorsitzende informiert, dass Matthias Schwank heute zum letzten Mal im Gemeinderat mit dabei sei: Matthias Schwank habe als Präsident der Fachkommission II viel für den Gemeinderat geleistet und er sei immer wieder mit parlamentarischen Vorstössen aufgefallen. Sein politisch wohl grösster Erfolg sei die Einbürgerungsinitiative gewesen. Matthias Schwank habe Bülach bereichert und hierfür danke er ihm herzlich. Er wünsche ihm alles Gute und hoffe, dass er gesund von seiner Reise zurückkomme.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Matthias Schwank bedankt sich für die Abschiedsworte. Er habe seinen Rücktritt beim Bezirksrat per 31. Juli eingereicht. Ab 1. August werde Daniela Gehring das Präsidium der Fachkommission II ad interim übernehmen. Ansprechpartner der Grünen-Fraktion werde Mike Bader sein. Er habe gerne im Parlament mitgearbeitet. Politik auf der Gemeindeebene sei sehr konkret und lebendig und es werde nicht so parteiideologisch politisiert wie auf den höheren Ebenen. Er habe gelernt, dass man Themen von verschiedener Seite ansehen könne und es keine Wahrheit gebe.

Matthias Schwank wird mit herzlichem Applaus verabschiedet.

Termine zum Vormerken

- Mini-Fussballturnier am nächsten Freitag, 29. Juni 2007, Beginn um 18.30 Uhr im Erachfeld
- Gemeinderatsreise: Samstag, 1. September 2007

Rechtskraft von Versammlungsbeschlüssen

- Gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. April 2007 betr. Versetzen von Willy Wüthrich in die Fachkommission IV wurde beim Bezirksrat Rekurs eingereicht. Das Gemeinderatsbüro hat dem Bezirksrat die Vorakten und seine Vernehmlassung vor wenigen Tagen zukommen lassen.
- Alle anderen Beschlüsse vom 16. April 2007 sind inzwischen rechtskräftig geworden.

Rechtsbelehrung

Die Vorsitzende verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf seine ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 3. Juli 2007

Für die Richtigkeit:

Roger Suter, Ratssekretär

Geprüft:

Jürg Rothenberger
Gemeinderatspräsident



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 25. Juni 2007
Sitzung vom

Stefan Schnegg
1. Vizepräsident

Heinz Kousz
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiberin
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretär
- Protokollsammlung